

Unverkäufliche Leseprobe



Manfred G. Schmidt
Das politische System der
Bundesrepublik Deutschland

128 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-50871-4

Originaldokument

Einleitung

© Verlag C.H.Beck

Dieses Buch unterrichtet den Leser über die Grundzüge des politischen Systems in Deutschland.¹ Das Buch handelt von dem Spielregelwerk, welches die Verfassung der Politik vorgibt, und von der Verfassungswirklichkeit. Und es beschreibt, erklärt und bewertet die wichtigsten politischen Institutionen, ihre Funktionsweise sowie die Grundzüge der Innen- und der Außenpolitik.

Das Buch hat acht Kapitel. Im ersten Kapitel wird die Staatsverfassung Deutschlands analysiert, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben ist: Bundesstaat, Demokratie, Rechtsstaat, Republik, Europaoffenheit der Verfassung und soziales Staatsziel sind die wichtigsten Bestimmungen. Das zweite Kapitel handelt vom eigentlichen Souverän der Demokratie, der Wählerschaft. Hier wird berichtet, wie und wen die Wähler wählen, und warum sie das tun. Das dritte und das vierte Kapitel rücken die wichtigsten Institutionen der politischen Willensbildung in den Vordergrund – die Parteien, die Verbände, die Massenmedien und den Deutschen Bundestag.

Wer in Deutschland regiert, regiert nicht allein. Jede Bundesregierung und jede Landesregierung bekommt dies tagtäglich zu spüren. Besonders eng wird der Spielraum für die Bundestagsmehrheit und die von ihr getragene Bundesregierung, wenn ihnen im Bundesrat, der Ländervertretung, eine parteipolitisch gegnerische Mehrheit gegenübersteht. Davon berichtet das fünfte Kapitel. Darüber sollen die beachtlichen Machtressourcen der Bundesregierung nicht zu kurz kommen. Dennoch lautet am Ende die Diagnose: Regieren in Deutschland heißt Regieren im halbsouveränen Staat. Zur Ausstattung des halbsouveränen Staates gehört der Föderalismus mitsamt der im Bundesrat verankerten Mitwirkung der Länder an der Gesetzgebung des Bundes. Davon und vom Tun und Lassen der ins-

gesamt 17 Regierungen in Deutschland ist im sechsten Kapitel die Rede.

Den «Geist der Gesetze» in der Bundesrepublik Deutschland durchweht eine anti-totalitäre Staatsphilosophie. Sie hat die Rolle der Judikative in großem Umfang aufgewertet. Häufig ist hieraus «Regieren mit Richtern» geworden, mitunter gar «Regieren durch Richter» (Alec Stone Sweet). Davon handelt das siebte Kapitel. Grundzüge der Staatstätigkeit in der Innen- und der Außenpolitik zeichnet der Verfasser im achten Kapitel nach. Dort wird auch dargelegt, welche Aufgaben die Politik in Deutschland bislang nicht gelöst oder nicht überzeugend gemeistert hat. Knappe Hinweise auf weiterführende Literatur schließen das Buch ab.

Das Buch zeigt, dass Machtaufteilung anstelle von Machtkonzentration die deutsche Politik nach 1949 charakterisiert. Ein zweites Markenzeichen ist eine eigentümliche Mischform aus Mehrheitsdemokratie nach britischem Muster und bundesstaatlicher Verhandlungs- oder Konkordanzdemokratie, also einer Demokratie, in der Konflikte mit Hilfe von Entscheidungsmaximen des Aushandelns oder des gütlichen Einvernehmens nach Art der Kompromisstechniken der deutschen und schweizerischen Religionsfriedensschlüsse des 17. und 18. Jahrhunderts geregelt werden. Eine dritte Eigenheit liegt in der einflussreichen Position der politischen Parteien und eine vierte darin, dass jede Regierung in Deutschland mit auch international ungewöhnlich vielen Mitregenten, ja sogar vielen Vetospielern zu tun hat. Das macht die Politik in Deutschland besonders kompliziert, häufig langwierig und störanfällig – und verlangt viel Kooperation von den Streitparteien, die bei ihrem Kampf um die Machtverteilung normalerweise das sie Trennende betonen. Ein Kennzeichen der Politik in Deutschland ist – fünftens – ein innen- und außenpolitisch halbsouveräner Staat mit Vorliebe für friedliche Handelsstaatspolitik, Absage an Machtstaatspolitik und Einbindung in die Europäische Union. Dieser Staat kommt mitunter allerdings nur im Schneckenposttempo voran. Für spektakuläre innen- oder außenpolitische Alleingänge eignet er sich kaum. Zudem ist er anfällig für Reformblockaden. Dennoch war er stark genug

für tief greifende Weichenstellungen. Dabei beschriftet die Politik in Deutschland – sechstens – einen Mittelweg zwischen dem staatsverliebten nordeuropäischen Wohlfahrtskapitalismus und der marktverliebten US-amerikanischen Gesellschaft und Wirtschaft. In der Bundesrepublik Deutschland legt man besonderen Wert auf Soziale Marktwirtschaft, soziale Sicherheit und sozialen Ausgleich und definiert diese am liebsten als Ergebnisgerechtigkeit und nicht als Chancengerechtigkeit. Ein siebtes Markenzeichen der zweiten deutschen Demokratie ist die starke Stellung der Verfassung und der Verfassungsgerichtsbarkeit. Zügelung, Eingrenzung, Konstitutionalisierung der Politik – so lautet die Devise –, an Stelle einer allgegenwärtigen, allzuständigen Politik wie in der nationalsozialistischen Diktatur von 1933 bis 1945 oder im SED-Staat, der Diktatur in der Deutschen Demokratischen Republik von 1949 bis 1989/90. Was aus all den Eigenheiten des deutschen politischen Systems resultiert und ob hieraus wirklich eine «Erfolgsstory» entstanden ist, wie etliche Beobachter meinen, wird abschließend anhand des Berichtszeitraumes von 1949 bis zum Stand kurz nach der Bundestagswahl vom 18. September 2005 geprüft.

Heidelberg, den 5. Oktober 2005